

Kohnert, Dirk

**Book Part — Accepted Manuscript (Postprint)**

**Benin - 1991**

*Suggested Citation:* Kohnert, Dirk (1992) : Benin - 1991, In: Hofmeier, Rolf (Ed.): Afrika-Jahrbuch 1991: Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Afrika südlich der Sahara, Leske + Budrich, Opladen, pp. 81-85

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/301809>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*



<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

## Benin-1991

**Fläche:** 112.622 km<sup>2</sup>, **Einwohner:** 4,8 Mio., **Hauptstadt:** Porto Novo (Regierungssitz: Cotonou), **Amtssprache:** Französisch, **Schulbesuchquote:** 42%... **Wechselkurs:** 1 DM = F CFA (1 \$ = 282 F CFA), **Pro-Kopf-Einkommen:** \$ 380 \$, **BSP:** \$ 1,75. Mrd. F CFA, **Sektor-Anteile am BIP (1990):** 45,5 %, 11,5 %, 43 %, **Hauptexportprodukte:** Baumwolle 80 %, Erdöl 20 %, **Staats- und Regierungschef:** Nicéphore Soglo, **Regierungskoalition:** Nouvelle République

Der Demokratisierungsprozeß in Benin wurde durch die Parlaments- und Staatspräsidentenwahlen konsolidiert. Die Legitimität der neuen Regierung wird - angesichts der andauernden wirtschaftlichen Misere - aber bereits durch eine anwachsende Unzufriedenheit der Bevölkerung und neu auflebende Streikbewegung in Frage gestellt. Die internationale Gebergemeinschaft honoriert den als beispielhaft angesehenen politischen und wirtschaftlichen Liberalisierungsprozeß mit massiven Hilfezusagen. Die staatliche Verwaltung und Wirtschaft kann vorläufig nur dank der ausländischen Hilfe überleben. Parallelmarkt und informeller Sektor sind für viele Beniner heute die einzige Chance zur Überlebenseicherung.

### *Innenpolitik*

Der im Vorjahr begonnene Demokratisierungsprozeß, dessen institutionellen Rahmen die neue Verfassung vom 2.12.90 bereits vorzeichnete (Wahl der Nationalversammlung und des Staatspräsidenten, etc.), wurde konsequent fortgesetzt. Die beninische Verfassung gilt als subtiler Kompromiß zwischen amerikanischer und französischer Präsidialverfassung mit einem auf fünf Jahre gewählten Staatspräsidenten mit weitgehenden Vollmachten, einem Mehrparteiensystem und einer Struktur von nationalen Beiräten (Wirtschafts- und Sozialrat, Verfassungsrat, etc.), die - unter anderem - die Kopflastigkeit der Volksvertretung im Parlament - das sich fast ausschließlich aus Akademikern zusammensetzt - ausgleichen soll.

Die Wahl zur Nationalversammlung (17.2.) waren die erste pluralistische Wahl auf nationaler Ebene seit 1972, dem Beginn des "marxistisch-leninistischen" Kérékou-Regimes. Gemäß den übereinstimmenden Berichten internationaler Wahlbeobachter verliefen die Wahlen weitgehend fair und störungsfrei, bis auf einige Distrikte in der Borgu-Provinz, wo Nachwahlen erforderlich wurden (am 17. 3.). Die mehr dem Mitte-Rechts-Spektrum zuzuordnende Dreiparteienkoalition des Interimspräsidenten Soglo ging mit zwölf Sitzen als Sieger aus den Wahlen hervor, sie sah sich jedoch genötigt, mit mindestens einer der beiden anderen großen Koalitionen Bündnisse einzugehen, um in dem 64 Sitze zählenden Parlament eine Stimmenmehrheit zu erzielen. Das Zweiparteienbündnis der PNDD unter Hubert Maga und der PRD unter dem neuen Parlamentspräsidenten, Adrien Houngbédji, einem reichen Geschäftsmann und ehemaligen Berater des gabunesischen Staatspräsidenten Omar Bongos, wurde mit neun Sitzen die zweitgrößte Kraft im Parlament - vor der Allianz der PSD (Bruno Amoussou) und der UNSP (Eustache Sarré) mit 8 Sitzen.

Die neu gewählten Staatsorgane sind in erster Linie eine Vertretung der Staatsklasse oder der urbanen Elite des Landes, kurz der ohnehin schon Privilegierten. Das Beniner Parlament wird bereits ironisch das "intellektuellste Parlament der Welt" genannt. Praktisch alle 64 Parlamentsmitglieder sind Graduierte, die zum größten Teil bereits schon seit der Unabhängigkeit eine politische Rolle gespielt haben und überwiegend älter als 50 Jahre sind. Frauen sind nur in einer verschwindend kleinen Minderheit (drei Abgeordnete) im Parlament vertreten. Einer der Führer der Opposition, Albert Tedvoedjéré, ehemaliger Direktor der ILO, befürwortete daher schon eine zweite (in der Verfassung nicht vorgesehene) Kammer des Parlamentes, "für diejenigen, die nicht notwendigerweise Französisch sprechen". Die als Ausgleich in der Verfassung vorgesehenen Institutionen, insbesondere die von Soglo wiederholt angekündigte Konstituierung eines Wirtschafts- und Sozialrates, als Interessenverwalter des "gemeinen Volkes", wurde bis zum Jahresende nicht realisiert. Bei der Wahl der Volksvertreter spielten offensichtlich weniger die Programme der 21 verschiedenen im Parlament vertretenen politischen Parteien eine Rolle, die sich ohnehin allenfalls in den Slogans unterschieden, als vielmehr die ethnische und regionale Abstammung. 59 der 64 Abgeordneten in der Nationalversammlung wurden faktisch in erster Linie als Vertreter einer bestimmten Region oder Ethnie gewählt, wobei der "Süden" mit 35 Sitzen die absolute Mehrheit hat. Das Parlament wurde von Cotonou nach Porto Novo - der alten Hauptstadt des Landes - zurückverlegt und am 1.4. inauguriert.

Formell kämpften die neuen Machthaber zwar für ein Mehrparteiensystem, faktisch votierte die überwältigende Mehrheit der politischen Klasse Benins aber doch für die Beibehaltung des Einparteiensystems im Gewand der Präsidialdemokratie, wie der Präsident der Nationalkonferenz, Mgr. da Souza, mit Bedauern vermerkte. Anfangs waren nur sieben Abgeordnete bereit, sich in der Opposition zu engagieren. Bis zum Jahresende begannen sich allmählich klarer voneinander abgegrenzte Parteiengruppierungen herauszubilden, die nach den neuen Bestimmungen der Nationalversammlung jeweils mindestens 15 Parlamentarier umfassen müssen. Es waren dies die Koalition Nouvelle République, unter Führung des Staatspräsidenten Soglo (21 Abgeordnete), die liberale Gruppierung Démocratie et Solidarité mit 24 Abgeordneten, und - als neueste Gruppierung - die Convergence (15 Abgeordnete), die im November aus vier oppositionellen Fraktionen gebildet wurde, angeführt von L. C. Faboumey.

Die Präsidentschaftswahlen brachten in der Stichwahl (24.3.) eine komfortable Mehrheit für den bisherigen Ministerpräsidenten Soglo (68 %) gegenüber seinem Konkurrenten, dem bisherigen Staatspräsidenten Kérékou (32 %). Die Regionalisierung war bei den Präsidentschaftswahlen noch offensichtlicher als bei den Parlamentswahlen: In seiner Heimatprovinz Atacora gewann Kérékou 94% der Stimmen und in der benachbarten Borgou-Provinz sogar 98%. Die befürchteten regionalen Konflikte blieben aber aus, nur im Norden kam es zu unbedeutenderen sozialen Unruhen. Soglo selbst, schwer erkrankt - an einer Vergiftung (vodoun) durch seine Widersacher, wie viele Beniner meinen - , konnte nur gestützt auf seine Helfer zur Wahlurne schreiten und mit Mühe an den Zeremonien zu seiner Vereidigung als Staatspräsident (1.-4.4.) teilnehmen; er wurde am 13.4. (zum zweiten Mal) nach Paris zur Behandlung ausgeflogen. Sein Schwiegersohn, Désiré Vieyra, neuer Chef des Superministeriums "Verteidigung und Staatliche Koordinierung", übernahm bis zur Rückkehr Soglos am 8.6. die Amtsgeschäfte. Nach seiner Genesung bildete Soglo (am 29.7.) sein neues Kabinett, dessen Mitgliederzahl er von 15 auf 20 erhöhte, was - angesichts der Sparmaßnahmen und des vom Strukturanpassungsprogramm geforderten Personalabbaus im öffentlichen Dienst - einen Sturm der Entrüstung bei der Opposition und den Gewerkschaften hervorrief. Dieses, im Zusammenhang mit der Ernennung seines Schwiegersohnes zum Staatsminister und Generalsekretär des Präsidialamtes, zeigt einmal mehr, daß auch ein westlich ausgebildeter Präsident und ehemaliger hoher Funktionär der

Weltbank sich in seinem Heimatland - auch bei bestem Willen - den Zwängen einer nach wie vor auf Klientelismus und Patronage gegründeten Gesellschaft nicht vollends entziehen kann.

Die Rolle der praktischen Opposition zur Regierung spielte in dieser Zeit eher die außerparlamentarische Opposition, insbesondere die Presse und die Gewerkschaften. Die Mehrzahl der im vergangenen Jahr wie Pilze aus dem Boden geschossenen Zeitungen ging allerdings - vor allem wegen wirtschaftlicher Schwierigkeiten - wieder ein. Der demokratische Erneuerungsprozeß Benins gilt zwar - generell zu Recht - als vorbildlich, was die Wiederherstellung der Menschenrechte angeht, im Mai waren allerdings wieder Festnahmen von zwei Oppositionellen wegen der Verteilung von Flugblättern zu beklagen. Eine unbekannte Zahl politischer Gefangener aus der Kérékouzeit, darunter mindestens 40 Sympathisanten der Kommunistischen Partei Dahomeys (PCI), soll laut Amnesty International weiterhin ohne ordentliche Gerichtsverfahren in den Gefängnissen einsitzen. Die Gewerkschaften schwächten durch zahlreiche Streiks praktisch während des gesamten Jahres die Regierung (s. Sozioökonomische Entwicklung). Während der Hohe Rat der Republik am 31.3., aus Gründen der Erhaltung des Inneren Friedens, formell die Immunität des ehemaligen Staatspräsidenten Kérékou für alle Handlungen während seiner Regierungszeit (Oktober 1972 bis April 1991) bestätigte, versuchte die neue Regierung dessen Machtbasis so schnell wie möglich abzubauen. Die Präsidialwache aus ca. 2000 Elitesoldaten, die wichtigste militärische Stütze Kérékous, wurde in einer der ersten Amtshandlungen der Regierung Soglo aufgelöst (17.4.). Im August wurden der ehemalige Kommandant der Präsidialwache, Jean N'tcha, und der Direktor des Geheimdienstes, G. Fousséini, verhaftet und wegen Menschenrechtsverletzungen unter dem Kérékou-Regime angeklagt. Einen Monat später klagte man auch den ehemaligen Innen- und späteren Landwirtschaftsminister, den starken Mann hinter Kérékou, Martin Dohou Azonhiho, der bereits seit dem 3.7. in Untersuchungshaft saß, wegen Korruption und Mißbrauch öffentlicher Gelder an. Innenpolitisch waren die Vorschußlorbeeren, mit denen die städtische intellektuelle Elite Soglo zum Amtsantritt bedachte - trotz seines unbestreitbaren Erfolges auf außenpolitischem Parkett - weitgehend aufgezehrt. Das politisch-soziale Klima verschlechterte sich zusehens, da eine schnelle Lösung insbesondere der wirtschaftlichen Probleme, die sich viele seiner Wähler (trotz gegenteiliger, realistischer Einschätzung Soglos) von ihrem Staatspräsidenten erhofft hatten, ausblieb.

## *Außenpolitik*

Der demokratische Erneuerungsprozeß Benins wurde von der internationalen Gebergemeinschaft honoriert. Insbesondere Frankreich und Deutschland dokumentierten anlässlich des Besuches verschiedener Parlamentarier und Minister im Verlauf des Jahres ihren Willen, ihren Worten auch Taten folgen zu lassen. Dieses wurde besonders deutlich bei dem gemeinsamen Besuch der deutschen und französischen Minister für (wirtschaftliche) Zusammenarbeit, Carl-Dieter Spranger und Edwige Avice in Cotonou Anfang Dez. Die beiden Minister, gefolgt von einer knappen Hundertschaft von Journalisten, Politikern und Beamten, stellten das neue Modell einer "trilateralen Zusammenarbeit" (Frankreich, Deutschland und Benin) vor, das die Schwächen sowohl der bilateralen als auch der multilateralen Hilfe vermeiden, aber die Möglichkeit einer direkten politischen Einflußnahme der Geber aufrecht erhalten soll. Nicht unbeeinflusst davon gewährte der "Pariser Club" (ein Zusammenschluß der wichtigsten Geber) bei Umschuldungsverhandlungen am 18.12. Benin eine Vorzugsbehandlung, indem er einen Schuldenerlaß von 50% empfahl. Letzteres konnte Staatspräsident Soglo als einen persönlichen Erfolg seiner Bemühungen um Schuldenerlaß für strukturanpassungswillige Länder verbuchen, zumal er bereits auf dem OAU-Gipfel in Abuja (Nigeria) Anfang Juli für seine Forderung nach einem generellen Schuldenerlaß für die "lange Nacht der Sklaverei" (d.h. für koloniale Ausbeutung), bei seinen

afrikanischen Amtskollegen Beifall geerntete hatte. Bei dieser Gelegenheit profilierte sich Soglo (als ehemaliger hochrangiger Weltbankbeamter) auch als Wirtschaftsexperte, indem er seinen ECOWAS-Kollegen empfahl, von unrealistischen Integrationsplänen (z.B. Einführung einer Währungsunion) Abstand zu nehmen, und lieber zunächst einmal, dem Beispiel der EG folgend, wirtschaftliche Kooperation auf den Gebieten Energie, Transport und Agrarhandel anzustreben.

Auch die USA zeigten sich zum ersten Mal bereit, die Demokratisierungsbemühungen Benins finanziell zu honorieren; sie annullierten bis zum Jahresende alle Schulden Benins gegenüber den USA und sagten bereits im September Hilfe in Form von Krediten von \$ 57,5 Mio., u.a. für ein sechsjähriges Grundschulprogramm zu. Frankreich und Deutschland stockten außerdem ihre militärische Hilfe auf, während die ehemaligen militärischen Berater aus Kuba, Nord-Korea und Rumänien nach dem für sie enttäuschenden Ausgang der Wahlen ihre Koffer packten.

Die guten außenpolitischen Beziehungen zum benachbarten Togo, das bis Okt. dem Modell demokratischer Erneuerung Benins gefolgt war, verschlechterten sich angesichts der reaktionären roll-back-Strategie des togoischen Staatspräsidenten Eyadéma und seiner Militärs. Der Putsch des togoischen Militärs und die inkonsequente Haltung Frankreichs in dieser Frage provozierten im November und Dezember Protestmärsche der Beniner in Cotonou. Die Opposition in der Nationalversammlung stellte am 17.12. die Präsenz französischer Truppen (300 Soldaten), die angeblich zum Schutz französischer Staatsbürger in Togo Anfang Dezember mit Billigung der Beniner Regierung in Cotonou bereitgestellt wurden, in Frage. Nach Meinung vieler Beniner wären die Truppen besser in Togo zum Schutz der demokratisch legitimierten Regierung Koffigohs eingesetzt worden.

### *Sozio-ökonomische Entwicklung*

Benin befindet sich gemäß dem zweiten "Bericht zur menschlichen Entwicklung" der UNDP am unteren Ende der Skala der "menschlichen Entwicklung" (150 Platz), was einer noch (um 24 Punkte) schlechteren Platzierung als nach dem Indikator des Pro-Kopf-Einkommen entspricht. Gemäß Staatsminister D. Vieyra standen die Wirtschaft und Administration Benins zum Regierungswechsel kurz vor dem Zusammenbruch. Die Schuldenrate wurde 1990 auf 39%. Als eines der ärmsten Länder der Welt hängt Benin am Tropf der Entwicklungshilfe. Nach den neuesten verfügbaren Zahlen betrug bereits 1988 allein der "graue Staatshaushalt" der offiziellen Entwicklungshilfe (ODA) - ohne die beträchtlichen zusätzlichen mehr oder weniger versteckten Budgethilfen für Benin - 75% der Einnahmen der Zentralregierung. Oft ermöglichte in der Vergangenheit erst die massive Entwicklungshilfe eine inadäquate Verwendung eigener Ressourcen, beispielsweise bei der Aufblähung des Personals im öffentlichen Dienst von 9000 im Jahre 1972, als Kérékou die Macht übernahm, auf gut 47000 zum Zeitpunkt seiner Abdankung 17 Jahre später. Mittlerweile werden mindestens 72% der Staatseinnahmen für die Personalausgaben verbraucht. Die Auflage des Strukturanpassungsprogramms (SAP), bis Ende 1990 etwa 2.500 Beamte zu entlassen, war denn auch die am heftigsten diskutierte Frage bei allen Gesprächen um die Restrukturierung der Verwaltung. Das Programm zur Abspeckung des öffentlichen Dienstes verlief jedoch nicht wie geplant, zumal die zur Entschädigung vorgesehenen Mittel (3,2 Mrd. FCFA der EG und Deutschlands) nur 1.590 vorzeitige Entlassungen abdeckten. Das lag unter anderem daran, daß der Staat mehr "teure", das heißt gut ausgebildete Angestellte und Akademiker verlor als geplant war. Manch einer von ihnen verdiente sich eine "goldene Nase" mit zum Teil über 10 Mio. FCFA Entschädigung, während im Durchschnitt pro Person 2,7 Mio. FCFA gezahlt wurden. Auch die untersten Schichten der Staatsdiener, deren Lohn zur Sicherung ihres gewohnten Lebensniveaus schon lange nicht mehr ausreichte, wie etwa die Landwirtschaftsberater, waren an einem "vergoldeten

Abgang" aus dem Staatsdienst sehr interessiert. Die oberen Chargen schoben dem aber bald einen Riegel vor, weil sie einen Massenexodus ihrer Ausführungsorgane auf dem Lande befürchteten, der ihre eigene Daseinsberechtigung in Frage gestellt hätte. Frauen waren von den Personalkürzungen überdurchschnittlich betroffen, wobei nicht klar ist, ob sie wegen der erwarteten Vorteile freiwillig ausschieden. Während der Anteil der Frauen im Staatsdienst 6% ausmacht, lag ihr Anteil an den Personalkürzungen zwischen 1987 und 1990 bei 21%.

Die Lage im öffentlichen Dienst war gekennzeichnet durch eine Serie von Streiks der Beamten und Angestellten an den Schulen, in der Wasser- und Stromversorgung, im Telefondienst, in der Landwirtschaftsberatung, im Finanz-, Planungs-, Handels-, Landwirtschafts- und Erziehungsministerium etc. Dieses war angesichts des seit 1984 nicht erhöhten Minimallohnes (81 FCFA/Std.), einer Inflation von derzeit 9 % und einer drastischen Reduzierung der Lohnnebenkosten nicht verwunderlich. Der Staatspräsident setzte hier gleich zu Beginn seiner Amtszeit die falschen Zeichen, indem er entgegen aller Forderungen nach Abspeckung des öffentlichen Dienstes sein Kabinett von 15 auf 20 Minister aufstockte, was ihn in den Augen der übrigen Staatsangestellten unglaublich machte und den Befürchtungen des Wiederauflebens des alten Klientelismus neue Nahrung gab. Soglos Beschwörungen gegen Korruption und Vetternwirtschaft ähnelten insofern eher dem fast schon rituellen Exorzismus vieler vergangener afrikanischer Potentaten, die versprachen, nach einem Regierungswechsel mit dem großen Besen aufzuräumen, nur, um danach im gleichen Stil fortzufahren.

Der Rückzug des Staates aus dem Produktions- und Handelssektor wurde gemäß SAP fortgeführt. Für drei der insgesamt 44 zu privatisierenden staatlichen oder parastaatlichen Unternehmen wurde die Liquidation eingeleitet. Bei sieben Unternehmen bestehen Privatisierungsabsichten; die Angebote werden derzeit geprüft. Konkrete Schritte erfolgten bisher lediglich bei der Zigarettenfabrik MANUCIA, die an einen externen Investor übergeben wurde, der Textilfabrik SOBETEX, deren Staatsanteile abgestoßen wurden und bei der Brauerei "Beninoise", deren Verkauf an CASTEL (für F CFA 8 Mrd.) von der Opposition im Parlament hinterfragt wurde, weil es angeblich bessere Kaufangebote gab. Für die Zuckerfabrik in Savé wurde ein Rehabilitierungsplan erarbeitet. Angesichts der strukturellen Probleme des gesamten Industriesektors ist an eine schnelle Privatisierung der meisten Firmen nicht zu denken: zur Übernahme stehen weder ausländische noch Beniner Investoren bereit.

Das SAP Benins zeichnet sich dadurch aus, daß die "soziale Dimension" von Anfang an integraler Bestandteil des Maßnahmenkatalogs war. So sind Förderungsprogramme zur Wiedereingliederung vorzeitig aus dem Staatsdienst ausscheidender Beamter in die Privatwirtschaft, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im Straßenbau, Ernährungssicherungsprogramme und Kleinmaßnahmen zur Rehabilitierung der Infrastruktur im Gesundheits- und Ausbildungssektor geplant und zum Teil schon angelaufen. Davon abgesehen hat die Philosophie des SAP bisher wenig Auswirkungen auf das Denken und Handeln der Staatsdiener gehabt, die Privatinitiativen oft ablehnend bis feindselig gegenüberstehen. Das ist insofern verständlich, als beispielsweise die Gründung privater Handels- oder Konsumgenossenschaften den Angestellten der regionalen Entwicklungsbehörden (CARDER) Einflußmöglichkeiten und Pfründe wegnimmt und zudem noch unliebsame Konkurrenz schafft, die die Ineffizienz staatlicher Verwaltung offensichtlich machen könnte. Da das Restrukturierungsprogramm für die CARDER deren zentralistische und wenig partizipative Grundstruktur eher noch konsolidiert, und das alte Personal aus der Kérékou-Zeit weitgehend erhalten blieb, findet letzteres immer noch genügend informelle Wege, die Privatisierung staatlicher Dienste und (Land-) Ressourcen abzublocken oder so zu lenken, daß es selbst davon profitiert. Generell kann gesagt werden, daß die "Anpassung mit menschlichem Antlitz" in Benin in erster Linie zur Befriedung der "neuen

Armen" in den Städten (dem potentiellen politischen Unruheherd) geplant war und dementsprechend bisher den ärmeren Schichten auf dem Lande wenig gebracht hat. Das für Benin neue Phänomen der Dorfarmut und die soziale Differenzierung auf dem Lande wird durch die angestrebte "Deregulierung" und Öffnung der Märkte eher gefördert als vermindert. Höhere Preise für Agrarprodukte und verbesserte Lager- und Vermarktungsmöglichkeiten kommen eben nicht allen Produzenten, Konsumenten oder Regionen gleichermaßen zugute, sondern haben schicht- und geschlechtsspezifische Auswirkungen. Eine Verteuerung der Lebensmittel trifft zum Beispiel nicht nur die städtische Bevölkerung, sondern auch die Armen, insbesondere die Alten und Frauen in den Dörfern und alle die, die auch auf dem Lande von Lohnarbeit oder Überweisungen abhängig sind. Unter diesen Umständen gewinnt der informelle Sektor, der derzeit etwa 40 % des BSP erwirtschaftet, und der Parallelmarkt (incl. Schmuggel) für viele Beniner eine immer größere Bedeutung zur Überlebenssicherung. Zwei Drittel der Kraftstoffversorgung wird beispielsweise mittlerweile durch Schmuggel des um etwa 70% billigeren Benzins über die nigerianische Grenze gedeckt, was für das Staatssäckel, bzw. die staatliche SONACOP, einen geschätzten Einnahmeverlust von F CFA 5 Mrd. ausmacht.

*Dirk Kohnert*

## **Chronologie Benin 1991**

- 17.1. Wahlen zur Nationalversammlung (Legislative), 24 Parteien in 14 Wahlbündnissen
- 7/8.3. Streiks im Bereich Gesundheits-, Ausbildungs-, Finanzwesen
- 24.3. Präsidentialwahlen: Wahlerfolg Soglos (68%), Unruhen im Norden, der Heimat Kérékou
- 27.3. Evakuierung Soglos nach Frankreich wegen ernster Erkrankung
- 30.3 Gesetz über generelle Immunität des Ex-Staatspräsidenten Kérékou erlassen
- 4.4. Einsetzung des neuen Staatspräsidenten Soglo
- 17.4. Auflösung der Präsidentialwache Kérékou
- 2.7. Funktionäre des Landwirtschafts- und Planungsministeriums treten in unbegrenzten Streik wegen Entlassungswelle im Rahmen des Strukturanpassungsprogrammes (SAP)
- 3.7. M.D. Azonhiho, ehemaliger Innenminister unter Kérékou wegen Korruption in Untersuchungshaft
- 22.7. Adrien Houngbedji, ehemaliger Präsidentschaftskandidat der PRD, gewinnt gegen J.A. Kéké (Mitglied der PRND und Favorit Soglos) die Wahl zum Vorsitzenden der Nationalversammlung
- 29.7. Bildung der neuen Regierung der "Technokraten" aus acht Parteien
- 24.8. Festnahme des Ex-Kommandanten der Präsidentialwache und des Geheimdienstchefs wegen Menschenrechtsverletzungen
- 26.8. Strukturanpassungsprogramm (1991-92) bringt \$ 93 Mio. für Benin
- 31.8. Cholera-Epidemie im Norden Benins fordert 150 Tote
- September Streiks im öffentlichen Dienst wegen Auswirkungen des SAP
- 3.9. M.D. Azonhiho, ehemaliger Innenminister unter Kérékou, wegen Korruptionsverdachts verhaftet.
- 10.9. Der Hohe Rat der Republik übergibt seine Aufgaben an die Nationalversammlung
- 7/10.12. Besuch des deutschen Entwicklungshilfeministers und seiner französischen Amtskollegin; Modell der trilateralen Zusammenarbeit.
- 18.12. Pariser Club empfiehlt Schuldenerlaß um 50%.